

ÖAMTC-Studien zeigen: Pendlern droht Milliardenbelastung durch Klimastrategie

Haushalte, Unternehmen und Regionen würden massiv unter Mehrbelastung leiden

Wien (OTS) - In Österreich pendelt mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen, das entspricht 2,14 Millionen Menschen, zum Arbeitsplatz – ein Großteil davon mit dem Auto. In Zusammenhang mit der von der österreichischen Bundesregierung diskutierten Klimastrategie wird konkret über zusätzliche Belastungen wie z.B. die Erhöhung der Mineralölsteuer oder die Einführung von Road Pricing beraten. Der ÖAMTC hat dies zum Anlass für die Durchführung zweier Studien genommen, um die Folgen von Verteuerungen und Erschwernissen für Pendler abzuschätzen – für die einzelnen Haushalte einerseits und für die gesamte Volkswirtschaft Österreichs andererseits.

Familien hätten über 3.000 Euro Mehrkosten, enorme Auswirkungen auch für Regionen

"Für eine Familie hätte die Einführung solch pendlerfeindlicher Maßnahmen enorme Auswirkungen: Ein Haushalt mit zwei Vollzeitbeschäftigten und zwei Kindern würde in einem der berechneten Szenarien mit über 3.000 Euro pro Jahr zusätzlich belastet", stellt Sebastian Kummer, Professor am Institut für Transportwirtschaft und Logistik an der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien, eines der Hauptergebnisse seiner Studie für den ÖAMTC vor. "Es ist unklar, wie eine Familie Mehrkosten dieser Größenordnung stemmen soll." Er wandte für die Studie quantitative als auch qualitative Methoden an und bildete repräsentative Beispielhaushalte.

Besonders gravierend könnten derartige Einschränkungen des Individualverkehrs laut Kummer auch für Geringverdiener wie beispielsweise Teilzeitarbeitskräfte sein. Eine Betroffene beschreibt ihre Situation so: "Aus finanzieller Sicht wäre es besser, sich vom Staat aushalten zu lassen. Für Teilzeitbeschäftigte ist Pendeln daher ein klassischer Einfahrer."

Kummer prognostiziert, dass es neben den Arbeitnehmern insbesondere die Kleinunternehmen hart treffen könnte, die ohnehin schon Schwierigkeiten beim Mitarbeiter-Recruiting haben. "Die regionalen Auswirkungen solcher Maßnahmen dürfen keinesfalls außer Acht gelassen werden: Wenn das Pendeln teurer wird, bedeutet dies für viele Gemeinden die Abwanderung von Einwohnern und damit wichtigen finanziellen Mitteln", hält der Professor fest.

BIP würde im ersten Jahr um eine Mrd. Euro., in der Folge um 420 Mio. Euro jährlich sinken

Die Folgen der Einschränkungen des Individualverkehrs für die Gesamtwirtschaft beleuchtet die zweite Studie im Auftrag des ÖAMTC, durchgeführt von Heinrich Otruba, emeritierter Professor der WU Wien. Seine Einschätzung: "Dass finanzielle Belastungen in dieser Größenordnung negative Auswirkungen auf den Konsum haben, ist ganz klar. Schließlich steigt die Belastung für Pendler, insbesondere durch Abgaben, in einem

berechneten Szenario um 1,1 Milliarden Euro." Diese zusätzlichen Kosten würden laut Otruba aufgrund des sinkenden privaten Konsums massive Auswirkungen auf das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) haben. Im ersten Jahr der Mehrbelastung würde das BIP um eine Milliarde Euro schrumpfen, in den Folgejahren um 420 Millionen Euro. Dabei sind Einflüsse auf Wohnsitzwahl, Jobwechsel und mögliche Arbeitslosigkeit noch gar nicht berücksichtigt.

ÖAMTC lehnt zusätzliche Belastung von Pendlern strikt ab und fordert Reform der Verkehrsplanung

"Pendeln ist für viele Arbeitnehmer alternativlos. Das blinde Bekämpfen des Pendelns, auch des Autopendelns, macht keinen Sinn. Weitere Belastungen für Pendler lehnen wir daher strikt ab", stellt Bernhard Wiesinger, Leiter der ÖAMTC-Interessenvertretung, klar. "Verkehrsplanung muss rational, ohne erhobenen Zeigefinger, erfolgen und die Gegebenheiten der jeweiligen Region berücksichtigen." Es sei in Ordnung, dem öffentlichen Verkehr Priorität einzuräumen, aber nur insofern, als es wirtschaftlich vertretbar ist. Wiesinger: "Anstatt fast leere Busse durch die Dörfer fahren zu lassen, wäre es etwa sinnvoller, Mikro-ÖV-Systeme zu forcieren."

Der Leiter der Interessenvertretung plädiert in diesem Zusammenhang auch für die Nutzung der Daten des Pendlerrechners. "Wenn Pendler ihre Unterstützung direkt über den Pendlerrechner beantragen könnten, entstünde daraus ein unglaublicher Datenschatz für die regionale Verkehrsplanung." Außerdem eröffne die Digitalisierung im Verkehrsbereich enorme Chancen, zum Beispiel für die Schaffung neuer Sharing-Angebote. Für Wien fordert Wiesinger eine Reform der Parkraumbewirtschaftung (u.a. durch "Grüne Zonen") und den Ausbau von Park & Ride-Anlagen am Stadtrand.

"Mobilität ist lebensnotwendig und muss leistbar bleiben. Das gilt ganz besonders für Pendler", fasst Wiesinger abschließend zusammen.